



Info Dienst Nr. 11 / 2010

Liebe Leserin,
lieber Leser,

Schwarz-Gelb in NRW ist abgewählt. Mit über zehn Prozent ist die CDU abgestürzt und hat damit eine historische Wahlniederlage eingefahren. Die Wähler haben Jürgen Rüttgers in Rente geschickt. Die Fraktionen von SPD und CDU werden mit 67 Sitzen gleich stark im Landtag vertreten sein. Angesichts der massiven Verluste für die CDU bekräftigte Hannelore Kraft den Führungsanspruch für die SPD.

Der deutliche Verlust der schwarz-gelben Mehrheit ist auch ein deutliches Zeichen an die derzeitige Regierungskoalition in Berlin. Ihr Weg ist falsch und das haben die Wählerinnen und Wähler ihnen am 9. Mai in Nordrhein-Westfalen unmissverständlich mitgeteilt. Im Bundesrat wird die SPD-geführte Landesregierung dem Wählervotum entsprechend sowohl die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke als auch unfinanzierbare Steuersenkungen für Wohlhabende stoppen. Nun gilt es stabile Mehrheiten dafür zu schaffen.

Die Themen dieser Sitzungswoche in Berlin habe ich in diesem Info-Dienst zusammengefasst.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Kaczmarek

Die Themen:

1. Schwarz-Gelb ist abgewählt – Zur Landtagswahl in NRW
2. Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro
3. Wachstumsorientierte Konsolidierungsstrategie statt kopfloses Sparen
4. Verlängerung der Atomlaufzeiten
5. Internationaler Tag der Biodiversität
6. Forderung nach grundlegender Reform der GEMA
7. Berufsbildungsbericht 2010
8. Im Blickpunkt

1. Schwarz-Gelb ist abgewählt – Zur Landtagswahl in NRW

Die Wählerinnen und Wähler haben der Politik der Entsolidarisierung der Gesellschaft am 9. Mai in NRW eine klare Absage erteilt.

Die CDU stürzt mit Jürgen Rüttgers auf unter 35 Prozent der Stimmen ab und verliert damit 10 Prozent. Die FDP, die bei der letzten Bundestagswahl noch bei 14,6 Prozent lag, erhielt in NRW nur noch 6,7 Prozent der Stimmen. Das ist die Wahrheit in Zahlen für Schwarz-Gelb.

Die SPD erzielt 34,5 Prozent der Zweitstimmen. Für die SPD ergibt sich ein klarer Regierungsauftrag auch wenn die CDU noch mit 6.200 Stimmen vor der SPD liegt (übrigens bei insgesamt 7.872.862 abgegebenen Stimmen).

Dem 15. nordrhein-westfälischen Landtag werden 181 Abgeordnete angehören. Auf die CDU entfallen 67 Sitze, 22 weniger als bislang. Die Christdemokraten stellen damit genauso viele Volksvertreter wie die SPD (67, -7). Drittstärkste Kraft im Landtag werden die Grünen mit 23 Abgeordneten (+11) vor der FDP mit 13 Abgeordneten (+1). Die neu in den Landtag einziehende Linke ist künftig mit 11 Mandatsträgern im Parlament vertreten.

Die SPD erhält in der klassisch sozialdemokratischen Klientel – den Arbeitern - 41 Prozent Zustimmung. Fast doppelt so viel wie die CDU. Der selbsternannte Arbeiterführer Jürgen Rüttgers ist damit Geschichte. Auch bei den Jungwählern bleibt die SPD mit 30 Prozent weiterhin stärkste Partei.

Nun wollen wir dadurch gestärkt auch bei den Verhandlungen um eine Regierungsbildung in Düsseldorf unserer Verantwortung gerecht werden. Der Landesvorstand der SPD hatte direkt zu Beginn vereinbart zunächst mit Bündnis 90 / Die Grünen zu reden und möglichst ein rot-grünes Fundament für eine zukünftige Landesregierung zu vereinbaren. Das ist geschehen und beide Parteien hatten zunächst der FDP Sondierungsgespräche angeboten. Diese ist allerdings aus den Gesprächen ausgestiegen und macht damit deutlich, dass sie sich der Verantwortung für NRW entzieht. In dieser Woche hat es erste Gespräche mit der Partei "Die Linke" geben. Sicher wird es auch irgendwann ein Gespräch mit der CDU geben, aber eines ist schon heute klar: Jürgen Rüttgers ist als Ministerpräsident abgewählt worden!

Die Gespräche mit der Partei „Die Linke“ sind am Donnerstag nach über fünfstündiger Beratung abgebrochen worden. SPD und Bündnis 90/Die Grünen sind zu der Überzeugung gekommen, dass keine Aussicht darauf besteht, eine verlässliche Basis für eine Regierungsbildung zu schaffen, um den Politikwechsel für NRW zu realisieren. Sowohl in der Bewertung von Verfassungsfragen als auch in grundlegenden politischen Fragen wie der Situation des Landeshaushalts hat es seitens der Partei „Die Linke“ keinen konstruktiven Beitrag gegeben und damit die Vermutung gestützt, dass sie in der derzeitigen Verfassung weder koalitions- noch regierungsfähig ist. Die SPD ist mit ernsthafter Absicht in die Gespräche gegangen. Aber wenn eine Partei noch nicht einmal ausschließen kann, dass sie zu Protesten gegen die eigene Landesregierung aufruft, zeigt, dass die benötigte Stabilität als Regierungspartei nicht vorhanden ist.

Hannelore Kraft hat nun die CDU zu Sondierungsgesprächen eingeladen. An sie werden die gleichen Maßstäbe angelegt wie an die Gespräche mit den Linken. Uns geht es nicht um den Posten sondern darum, einen Politikwechsel für NRW zu realisieren. Es bleibt abzuwarten, ob die CDU sich dazu ausreichend auf uns zu bewegt. Einen Automatismus zu einer Koalition mit der CDU sehe ich nicht. Und schon gar nicht mit Jürgen Rüttgers.

2. Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro

Vor kaum zwei Wochen hat der Deutsche Bundestag über eine Kreditermächtigung in Höhe von 22,4 Milliarden Euro beraten. Am Tag der Entscheidung, dem 7. Mai, wiesen Vertreter der Regierungskoalition die Frage der SPD-Bundestagsfraktion, ob noch weitere Belastungen auf die deutschen Steuerzahler zukommen, mit Empörung zurück. Der FDP-Haushaltspolitiker Otto Fricke rief, es werde „keinen Cent mehr“ geben. Schon wenige Stunden nach der Entscheidung begannen in Brüssel fieberhafte Verhandlungen über ein vielfach größeres Rettungspaket. Am 8. und 9. Mai erreichten uns Nachrichten, dass es nun um die gigantische Summe von 750 Milliarden Euro gehe. Und in der Tat, am 11. Mai beschloss das Kabinett einen weiteren Gesetzentwurf, mit dem der Bund zur Bürgschaft des deutschen Anteils an den neuen Krediten ermächtigt werden soll – dieses Mal in Höhe von mehr als 147 Milliarden Euro. Wie genau es zu den Ereignissen des vorletzten Wochenendes kam, ist noch nicht klar. Wir wissen aber, dass es nur zwei mögliche Lesarten gibt: Entweder die Bundesregierung wusste schon am Freitag was kommt und hat den Bundestag belogen.

Oder Merkel ist ahnungslos nach Brüssel gefahren und wurde von den Entwicklungen überrollt, so dass am Ende nicht nur ohne Deutschland, sondern sogar gegen Deutschland entschieden wurde. Beides zeigt, dass diese schwarz-gelbe Regierung vom Führerstand ins Bremserhäuschen gewechselt ist.

Der Bundestag musste in dieser Sitzungswoche also wiederum entscheiden, ob die Regierung die Freigabe einer Kreditbürgschaft erhält. Unruhe und Empörung aber sind selbst in den Reihen von Union und FDP gewachsen. Auch viele Koalitionspolitiker fühlen sich mittlerweile von Merkel an der Nase herum geführt und haben sich einer abschließenden Beratung noch in dieser Woche verweigert. Die Ereignisse seit dem 7. Mai haben die Haltung der SPD-Bundestagsfraktion unmissverständlich bestätigt. Wir bleiben dabei: Eine reine Kreditermächtigung reicht nicht aus, um die Krise an der Wurzel zu packen.

Wir bekräftigen daher unsere Forderungen an die Bundesregierung: Wir brauchen dringend schnelle und verbindliche Schritte zum Verbot gefährlicher Finanzprodukte, damit spekulative Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen und mit Leerverkäufen verhindert werden. Wir brauchen jetzt entschiedene Schritte, um die Macht einiger weniger Rating-Agenturen zu begrenzen und den unhaltbaren Zustand zu beenden, dass dieselbe Rating-Agentur, die über die Bonität entscheidet, von anderen Geschäften mit Finanzmarktakteuren profitiert. Wir brauchen eine europäische Rating-Agentur. Wir brauchen zudem endlich Transparenz und Aufsicht über den „grauen Kapitalmarkt“, besseren Verbraucherschutz und die Einrichtung eines Finanz-TÜV. Das sind unsere Anforderungen an eine sinnvolle Finanzmarktregulierung.

Vor allem aber müssen wir jetzt beweisen, dass die Demokratie sich von den Finanzmärkten nicht beliebig treiben lässt. Wir müssen den Beleg liefern, dass die Politik die Kraft hat zur substanziellen und dauerhaften Beteiligung von Banken und Investmentfonds an den Kosten der Krise und an den öffentlichen Aufgaben des Staates. Deshalb haben wir unser Angebot an die Bundeskanzlerin erneuert: Wenn es ihr ernst damit ist, in diesem entscheidenden Moment eine breitere Mehrheit im Bundestag für die Bewältigung der Krise zu bilden, muss sie ihr Verhalten ändern, unsere Fragen beantworten und unsere Forderungen aufnehmen. Dazu gehört für uns unabdingbar die bindende Aussage, sich auf europäischer und auf internationaler Ebene aktiv für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer einzusetzen.

Diese Forderung der SPD hat maßgeblich geholfen, das Klima der Debatte zu verändern. Im Parlament gibt es für die Finanztransaktionssteuer längst eine parteiübergreifende Mehrheit. Viele Unionspolitiker sind dafür. Wichtiger aber ist noch, dass es auch in der Gesellschaft eine große Mehrheit für unsere Forderung gibt. Es ist kein Zufall, dass verantwortungsbewusste Vertreter der Finanzwirtschaft wie der Deutsche Sparkassen- und Giroverband der Finanztransaktionssteuer zustimmen.

Zum Ende der Sitzungswoche wurde allerdings deutlich, dass die Bundesregierung ihren großen Ankündigungen keine Taten folgen lassen will. Unsere Forderungen wurden mit leeren und unkonkreten Versprechen abgeblockt.

Aus diesen Gründen haben sich die SPD-Bundestagsfraktion und auch ich mich persönlich, dazu entschieden, der Politik der Bundesregierung nicht zuzustimmen, sondern mich der Stimme zu enthalten.

Den Gesetzentwurf der Bundesregierung finden Sie unter:
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/016/1701685.pdf>

3. Wachstumsorientierte Konsolidierungsstrategie statt kopflos Sparen

Unsere Forderung nach der Finanzmarkttransaktionssteuer ist Teil einer umfassenden und wachstumsorientierten Konsolidierungsstrategie. Wir wissen, Appelle zur Sparsamkeit reichen nicht

mehr aus. Die Staaten müssen Einnahmen sichern. Denn es wird immer klarer, dass maßlose Einschnitte bei öffentlichen Aufgaben nicht nur die soziale Spaltung der Gesellschaft vertiefen, sondern auch in eine lang anhaltende wirtschaftliche Stagnation führen. Wenn jetzt ganz Europa auf einen Schlag die öffentliche Hand schwächt, taumeln wir in den nächsten Krisenzyklus mit Konjunkturreinbruch, Arbeitslosigkeit, Steuerausfällen und Schulden. Wir brauchen ohne weiteren Zeitverlust ein Impulsprogramm für private und öffentliche Investitionen, das Kommunen hilft, Bildung verbessert, Forschung antreibt, Zukunftsmärkte erschließt und die neuen Effizienz- und Umwelttechnologien in Deutschland und Europa entwickelt.

Unmittelbar nach der NRW-Wahl ist in der CDU die Diskussion über Einsparungen gestartet. Zum Beispiel bei Familie und Bildung könne man kürzen, schlägt der hessische Ministerpräsident Roland Koch vor. Dem Hamburger Abendblatt sagte er, "hier und da, habe sich die Bundesregierung "zu Projekten entschlossen, die möglicherweise sehr viel teurer werden als zunächst gedacht: etwa die Garantie eines Betreuungsplatzes für Kinder unter drei Jahren. Wir müssen prüfen, ob das noch finanzierbar ist. Ein weiteres Feld ist die Bildungspolitik."

Diese Pläne innerhalb der CDU werden wir als SPD nicht zulassen. Einsparungen und Kürzungen mit der Rasenmäher-Methode sind unverantwortlich. So sind Kinderbetreuung und Bildungsprojekte keine Ausgaben sondern Investitionen in die Zukunft. Wir müssen in die Ausbildung unserer Kinder investieren, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Aus diesem Grund wird es eine kopflose Sparpolitik mit uns nicht geben. Dies haben wir in einer Aktuellen Stunde im Bundestag klar gemacht.

4. Verlängerung der Atomlaufzeiten – Regierung schürt gesellschaftlichen Konflikt

Nach der Landtagswahl in NRW und dem Verlust der schwarz-gelben Mehrheit im Bundesrat will die Regierung nun die umstrittene Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke an der Länderkammer vorbei durchsetzen. Für uns macht dies deutlich: Der CDU scheinen Strategie und Orientierung vollkommen abhanden gekommen zu sein. Die Panik ist ausgebrochen, dass nicht mehr viel von den Vorhaben einer schwarz-gelben Bundesregierung umzusetzen ist. Gegen die Einschätzung des eigenen Umweltministers begibt sich die CDU auf dünnes Eis, wenn sie behauptet, die Laufzeitverlängerung für die deutschen Atomkraftwerke sei im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig. Denn eine Verlängerung der Laufzeiten bringt mehr Belastungen für die Länderbehörden und ist damit im Bundesrat zustimmungspflichtig. Wir sagen, statt juristisch zu tricksen, sollte die Bundesregierung endlich einsehen: Für mehr Atommüll und für mehr Risiko durch Uralt-Meiler gibt es weder in der Bevölkerung noch im Bundesrat eine Mehrheit.

Die SPD wird sich mit aller Macht gegen den Versuch einer leichtfertigen Verfassungsauslegung wehren. Zur Not mit allen Mitteln im parlamentarischen und juristischen Raum und im außerparlamentarischen Widerstand mit Hunderttausenden auf den Straßen. Die Anti-Atom-Bewegung verzeichnet in der aktuellen Debatte wieder spürbar Zulauf. Ende April hatten rund 100.000 Atomkraft- Gegner mit einer 120 Kilometer langen Menschenkette zwischen den Meilern Brunsbüttel und Krümmel gegen die Energiepolitik der Bundesregierung demonstriert.

Unterstützung erhielt die Opposition zuletzt vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages. "Der Fortbetrieb der zivilen Nutzung der Atomkraft hängt auch von der Entscheidung des Bundesrates ab", heißt es in einem Aufsatz vom 21. April.

5. Internationaler Tag der Biodiversität am 22. Mai

Biologische Vielfalt ist der natürliche Reichtum unserer Erde. Die Vielfalt der Arten, der Gene und Ökosysteme ist eine wichtige Grundlage für unser Leben. Tag für Tag geht ein Teil dieser natürlichen Vielfalt verloren. Der Verlust der biologischen Vielfalt zählt neben dem Klimawandel zu den dringlichsten Herausforderungen unserer Zeit.

Das Bundesumweltministerium (BMU) und das Bundesamt für Naturschutz (BfN) rufen anlässlich des Internationalen Jahres der Biologischen Vielfalt am 22. Mai 2010 zu bundesweiten Veranstaltungen auf. Vor diesem Hintergrund haben wir als SPD-Bundestagsfraktionen einen Antrag eingebracht, der den Schutz der Biodiversität und die Rolle des natürlichen Wasserhaushalts unterstreicht.

Wasserhaushalt und Naturschutz haben weitreichende Konsequenzen. Die menschliche Beeinflussung des Wasserhaushalts muss mit dem Naturschutz nicht nur in bestehenden Feuchtgebieten und Auen stärker in Einklang gebracht werden. Auch die Verbesserung des Wasserhaushalts in der Fläche ist eine große gemeinsame Aufgabe für Naturschutz, Wasserwirtschaft und Politik. Besonders in Zeiten des Klimawandels kommt dem ausgeglichenen Wasserhaushalt eine Schlüsselrolle zu. Er ist notwendig für den Erhalt „wassergebundener“ Biotope und ihrer Lebensgemeinschaften, für einen naturverträglichen Hochwasserschutz, zur Minderung klimaschädlicher Gase und letztendlich zur Erhaltung der Lebensgrundlage für nachfolgende Generationen. Mit unserem Antrag stellen wir die erforderlichen Schritte dar und fordern die Bundesregierung dazu auf, Stellung zu nehmen und zukünftige Maßnahmen zu beschreiben.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/017/1701748.pdf>

Meine zu Protokoll gegebene Rede finden Sie unter:
<http://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle/17043.pdf>
(ab Seite 179 des Dokuments)

6. Forderung nach grundlegender Reform der GEMA

Für mehr Transparenz und eine verbesserte Informationskultur der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA) gegenüber ihren Mitgliedern hat sich der Petitionsausschuss in einer öffentlichen Sitzung am Montag dieser Sitzungswoche im Bundestag ausgesprochen.

Grundlage dreier Petitionen zum Thema, die von mehr als 106.000 Unterstützern mit gezeichnet wurden, ist die Forderung nach Überprüfung der rechtlichen Grundlagen der GEMA und einer grundlegenden Reformierung des Vereins. Den Petenten zufolge verwendet die GEMA ein ungerechtes Vergütungs- und Abrechnungsmodell, das insbesondere die kleinen Mitglieder benachteiligen würde. Es entstehe ein schwarzes Loch im Lizenzbereich von 300 bis 750 Euro bei Veranstaltungen, wodurch bis zu 90 Prozent der Einnahmen bei der GEMA verbleiben und lediglich 10 Prozent an die Mitglieder ausgeschüttet würden. Des Weiteren stelle die Vereinsstruktur ein Problem dar. So würden die rund 2000 ordentlichen Mitglieder mehr Rechte als die über 60.000 außerordentlichen und angeschlossenen Mitglieder haben, kritisieren die Petenten.

Von der Bundesregierung wollten die Ausschussmitglieder unter anderem wissen, warum ein Urteil des Bundesgerichtshofs aus dem Jahr 2005 und die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ aus dem Jahr 2007, welche die GEMA zu mehr Transparenz auffordern, noch nicht umgesetzt seien. Als SPD-Bundestagsfraktion äußerten wir außerdem Kritik zur staatlichen Aufsicht. Das Deutsche Patent- und Markenamt ist personell unterbesetzt und kann daher nicht ausreichend seinen Aufsichtspflichten gegenüber der GEMA nachkommen.

Max Stadler von der FDP und parlamentarischer Staatssekretär im Bundesjustizministerium, bestätigte das Grundproblem des pauschalisierten Abrechnungs- und Vergütungsmodells der GEMA, das besonders kleine und karitative Veranstalter treffe.

Als SPD-Bundestagsfraktion sehen wir weiteren Optimierungsbedarf. Wir werden weiter mit den Petenten in Kontakt bleiben und auch in den Wahlkreisen Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürger führen, um weitere Meinungen und Anregungen zu erhalten.

7. Berufsbildungsbericht 2010

In dieser Sitzungswoche im Deutschen Bundestag wurde der aktuelle Berufsbildungsbericht 2010 vorgestellt. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat gemäß § 86 Berufsbildungsgesetz (BBiG) den gesetzlichen Auftrag, die Entwicklung in der beruflichen Bildung kontinuierlich zu beobachten und der Bundesregierung bis zum 1. April eines jeden Jahres Bericht zu erstatten. Der Berufsbildungsbericht soll Stand und voraussichtliche Weiterentwicklung der Berufsbildung darstellen. Explizit gefordert ist, über Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zu berichten und eine Prognose für das laufende Kalenderjahr vorzunehmen.

Im Jahr 2009 wurden bundesweit 566.004 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. Das sind im Vergleich zum Vorjahr 50.338 Verträge oder 8,2 Prozent weniger. Dieser deutliche Rückgang bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen ist vor allem auf die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise zurück zu führen. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) registrierte im Jahr 2009 - wie auch bereits im Berichtsjahr zuvor - mehr unbesetzte Ausbildungsplätze als unversorgte Bewerber/Bewerberinnen.

Die oft geführte Scheindebatte um einen angeblichen Mangel an geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern um Ausbildungsplätze ist aus Sicht der SPD-Fraktion aber nur die halbe Wahrheit. Richtig ist: Zu viele junge Menschen verlassen die Schule ohne Abschluss und ohne ausreichend auf die Arbeitswelt vorbereitet zu sein. Bund und Länder müssen den Ausbau der Ganztagsbetreuung gemeinsam voranbringen. Und zwar im Kindergarten wie in der Schule. Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen, begleitende Schulassistenten und Praktiker aus der Gesellschaft brauchen wir nicht erst in den letzten Schuljahren zum Zweck der Berufsorientierung. Eine gute Schule braucht diese Menschen vom ersten Schultag an, um alle Schüler gleichermaßen in ihrem Lernprozess zu unterstützen. Bund, Ländern und Unternehmen müssen aufhören, Jahr für Jahr zu beklagen, dass Schüler angeblich die Voraussetzungen für eine Berufsausbildung nicht mitbringen. Stattdessen müssen die richtigen Schlüsse gezogen werden. So brauchen wir endlich ein System des gemeinsamen längeren Lernen. Das gegliederte Schulsystem muss langfristig überwunden werden, damit kein Kinder mehr zurück gelassen wird.

Richtig ist auch: Es gibt immer noch eine strukturelle Lücke beim betrieblichen Ausbildungsangebot. Aus dem Berufsbildungsbericht geht hervor, dass im Ausbildungsjahr 2009 von 533.000 Bewerberinnen und Bewerbern über 180.000 junge Menschen nicht in Ausbildung vermittelt wurden. Bei weiteren 96.000 ist der Verbleib unbekannt. Über 80.000 Jugendliche waren am Ende des Ausbildungsjahres immer noch aktiv auf der Suche. Niemand kann ernsthaft behaupten, dass das ausschließlich ein Problem mangelnder Ausbildungsreife ist.

Den Berufsbildungsbericht 2010 finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/015/1701550.pdf>

8. Im Blickpunkt

Das Risiko von Altersarmut bei Langzeitarbeitslosigkeit und Niedriglohn-Beschäftigung bekämpfen

Es ist ein Erfolg der Alterssicherungspolitik in Deutschland, dass das Risiko von Armut im Alter in Deutschland nicht überdurchschnittlich stark ausgeprägt ist. Die aktuell vergleichsweise günstige Einkommenssituation im Alter beruht darauf, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Vergangenheit einerseits nur geringe Lücken in ihrer Versicherungsbiographie aufwiesen und andererseits nur selten von Niedrigeinkommen betroffen waren.

Mit unserem Antrag bekräftigen wir die bereits in unserem Wahlprogramm beschlossenen Forderungen zur rentenrechtlichen Verbesserung von Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit und der

Beschäftigung im Niedriglohnsektor. Wir fordern die Regierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach

a) Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit besser bewertet werden sollen, wenn beim Rentenzugang des oder der Versicherten nicht mindestens 30 Entgeltpunkte vorhanden sind und

b) die Rente nach Mindestentgeltpunkten für Beitragszeiten bis zum 1. Januar 2011 fortzuführen ist.

Für ein modernes Patientenrechtegesetz

Der Schutz der Rechte von Patientinnen und Patienten in Deutschland ist im internationalen Vergleich gut. Jedoch ist das geltende Recht wenig transparent, es bestehen Vollzugsdefizite und die Patientinnen und Patienten werden nicht ausreichend beteiligt. Häufig sind die Patientenrechte nur sehr allgemein geregelt und werden erst durch die Rechtsprechung konkretisiert. Für juristische Laien ist es schwierig, sich über die geltende Rechtslage zu informieren. Im Interesse von mehr Transparenz und Klarheit muss das geltende Recht zusammengeführt werden.

Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung daher auf, ein Gesetz zum Schutz der Patientenrechte vorzulegen. Zukünftige Generationen von Patientinnen und Patienten bekämen durch ein Patientenrechtegesetz mehr Rechte und würden bei Behandlungsfehlern besser geschützt.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/009/1700907.pdf>

Bundeswaldgesetz nachhaltig gestalten – Schutz und Pflege des Ökosystems für heutige und künftige Generationen

Etwa ein Drittel der Landesfläche Deutschlands ist mit Wald bedeckt. Mit einer Waldfläche von 11,1 Millionen Hektar und einem Holzvorrat von 3,4 Milliarden Kubikmeter besitzt Deutschland die vorratsreichsten Wälder Europas. Wälder haben neben ihrer Nutzfunktion Einfluss auf das regionale Klima. Sie sind am Temperatur- und Luftausgleich beteiligt und fungieren als Kohlenstoffspeicher und -senken. Sie sind ein Puffer- und Filtersystem, weshalb 65 Prozent der Trinkwassereinzugsgebiete in Wäldern liegen. Sie dienen ca. 4.300 Pflanzen- und Pilzarten und mehr als 6.700 Tierarten als Lebensraum.

Die vielfältigen Schutz- und Nutzfunktionen können die Wälder für zukünftige Generationen nur dann erfüllen, wenn sie nachhaltig bewirtschaftet werden. Deshalb ist es dringend erforderlich, im Bundeswaldgesetz die „gute fachliche Praxis“ für die Bewirtschaftung zu verankern. Weiterhin fordern wir die Anpassung des Bundeswaldgesetzes an die Nachhaltigkeits- und Biodiversitätsstrategie.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/010/1701050.pdf>